



# Rundbrief

Juli 2017

## ZUM JUBILÄUM DER INTERNATIONALEN UND DER SCHWEIZERISCHEN HELSINKI VEREINIGUNG 1977-2017

### Liebe Leserinnen und Leser

Der vorliegende Rundbrief II/2017 erscheint aus besonderem Anlass und enthält daher – neben Berichten zur Aktualität – auch eine Reihe historischer Beiträge. Vor 40 Jahren, noch im „Kalten Krieg“, nur zwei Jahre nach der Schlussakte von Helsinki, wurde in Prag die mutige Dissidentenbewegung „Charta 77“ gegründet. Gleichzeitig trafen sich in der Schweiz engagierte Persönlichkeiten aus Kirchen, Medien und Politik in derselben (nicht mehr utopischen) Absicht, unter Berufung auf die Akte von 1975 die Bürger- und Menschenrechte im Ostblock einzufordern und zu fördern. So entstand 1977 – nach der Helsinki-Gruppe in Moskau – als erste KSZE-Bewegung im Westen der „Internationale Helsinki-Verein“ mit Sitz in Zürich, geleitet durch Schweizer Parlamentarier. Daraus ist später die „Helsinki-Föderation“ und 1986 unsere SHV hervorgegangen.

Die *Entstehung und Entwicklung der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung* ist Gegenstand des ersten Beitrags, den unsere Ehrenpräsidentin (Marianne von Grünigen), zu diesem Rundbrief beigesteuert hat. Dieser diachronen Darstellung der Schweizer Wurzeln und der helvetischen Ausprägung der Helsinki-Bewegung stehen zwei Beiträge aus dem östlichen Europa gegenüber. S. 2

Die Parallelberichte der *Moskauer Helsinki-Gruppe* und des *Serbischen Helsinki-Komitees* (betreut von Franziska Rich bzw. Malcolm MacLaren) erlauben einen Quervergleich. Sie beleuchten Ursprung und Aktualität der Menschenrechtsbemühungen im uns wieder ferneren Russland sowie im Balkanstaat, der 2015 nach der Schweiz die OSZE präsidiert hat. S. 4 / 6

Ausgehend vom Beispiel der SHV, versucht der Beitrag des Unterzeichnenden, den *historischen und systematischen Kontext* aufzuzeigen, worin sich gegenüber den Regierungen der KSZE/OSZE-Staaten Exponenten der Zivilgesellschaft als NGOs in den Helsinki-Prozess eingebracht haben und diesen seit den 1990er Jahren mitgestalten. S. 7

Auf den kürzlichen Höhepunkt der SHV-Aktivitäten blickt unser neuer Präsident zurück: Christoph Lanz schildert eingehend die Jahresveranstaltung vom Mai 2017, wo der deutsche Hauptreferent, ODIHR-Direktor M. G. Link, vom Vertreter einer Schweizer NGO (M. Hui, humanrights) und von einem Schweizer Mitglied des OSZE-„Parlamentes“ (NR Kiener Nellen) sekundiert und ergänzt wurde. S. 9

Abschliessend würdigt Präsident Lanz den zurücktretenden EDA-Chef: Bundesrat Didier Burkhalter hat im Schweizer Präsidentschaftsjahr als Vorsitzender Aussenminister die OSZE durch die Ukraine-Krise geführt, das internationale Ansehen der Schweiz vertieft und indirekt auch die SHV unterstützt. Zudem finden gleich sechs aus dem SHV-Vorstand ausscheidende Kollegen die ihrer spezifischen Kompetenz und ihrem persönlichen Einsatz gebührende Anerkennung. S. 11

Für den Vorstand der SHV: Rolf Stücheli

## 40 JAHRE SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG IM SPIEGEL TURBULENTER EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGEN

Die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV) verdankt - wie viele andere "Helsinki-Komitees" - ihre Entstehung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), die am 1. August 1975 in Helsinki von den Staats- oder Regierungschefs Europas sowie der USA und Kanadas unterzeichnet wurde, und dem daraus folgenden "Helsinki-Prozess". Diese Vereinbarung war damals eine Sensation. Mitten im Kalten Krieg hatten sich alle Staaten aus Ost und West auf einen „Dekalog“ mit zehn Prinzipien zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit geeinigt sowie über erste zentrale Punkte, mit deren Umsetzung sofort begonnen werden sollte. Die Delegationen der Teilnehmerstaaten verhandelten in drei gesonderten "Körben" über die Aspekte militärische und politische Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt sowie die "Menschliche Dimension". Für die Schweiz war es die erste gesamteuropäische *politische* Konferenz nach dem Zweiten Weltkrieg, an der sie mit vollen Rechten mitwirkte. Zusammen mit den andern neutralen und blockfreien Staaten bildete sie die Gruppe der „N+N“, die oft zwischen den beiden Blöcken der NATO und des damaligen Warschauer Paktes vermittelte. Sie brachte auch eigene Vorschläge ein und legte wie manche andere, vorab westliche Delegationen einen Schwerpunkt auf Prinzip VII des Dekalogs über Menschenrechte und auf die Menschliche Dimension (Korb 3).

Am Ende der Konferenz wurde beschlossen, den Text der Schlussakte in jedem KSZE-Staat zu veröffentlichen, damit auch die Bürgerinnen und Bürger ihn zur Kenntnis nehmen konnten. In Moskau erschien der Text in der offiziellen Tageszeitung "Prawda". Dies hatte weittragende Konsequenzen. Regimekritiker und Menschenrechtsverteidiger in Osteuropa begannen nach Mitteln und Wegen zur Umsetzung der Verpflichtungen aus der "Menschlichen Dimension" zu suchen. Schon am 12. Mai 1976 gründeten einige Persönlichkeiten wie Jurij Orlow und Ludmilla Alexejewa die "Moskauer Helsinki Gruppe". Auch wenn diese bald unter Beschuss der eigenen Behörden geriet, gab sie als erste Helsinki-Bewegung ein wichtiges Signal an die Zivilgesellschaft im eigenen Land und darüber hinaus. Bald entstanden weitere KSZE-Gruppen in Osteuropa wie im Westen, u.a. die "Charta 77" in Prag.

Beeindruckt vom Mut der Moskauer Gruppe trafen sich ab 1976 auch in der Schweiz engagierte Persönlichkeiten um Pfarrer Eugen Voss von „Glaube 2. Welt“ (G2W) und den NZZ-Journalisten Ulrich Kägi, um zu beraten, wie die Schlussakte konkret zur Verbesserung der Menschenrechtssituation, namentlich in der Sowjetunion und Osteuropa, genutzt werden könnte. Sie schlossen sich im Februar 1977 zur ersten Helsinki-Gruppe in Westeuropa zusammen. Unter dem Eindruck des KSZE-Folgetreffens in Belgrad (1977-78), wo der Dritte Korb nicht die erwartete Beachtung gefunden hatte, reifte bei ihnen die Idee, die Bemühungen um Menschenrechte und Grundfreiheiten in einer europäischen Vereinigung zu bündeln. So schufen sie im Februar 1978 das "Vorbereitungskomitee für eine Europäische Helsinki-Gruppe". Ein in den Medien publizierter Aufruf dieses Komitees mit dem Titel "Ein Wort an die Europäer" stiess auf grosses Echo. Über 150 Persönlichkeiten aus Europa, USA und Kanada sicherten ihre Unterstützung zu. Mit dieser Rückendeckung organisierte das Komitee im Januar 1979 in Aarau eine internationale Konferenz für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus dem Menschenrechtsbereich. 60 Teilnehmende aus sieben Ländern kamen zur Konferenz und beschlossen, in Zürich eine "Internationale Helsinki-Vereinigung" zu errichten,

worin neben der Schweizer Gruppe auch Persönlichkeiten aus anderen Ländern mitarbeiteten. Wichtigste Aufgabe der Vereinigung war das Sammeln von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen, was in kürzester Zeit zu einer Liste mit Hunderten von politischen Gefangenen führte. Sie präsentierte diese Liste 1980 am KSZE-Folgetreffen in Madrid. Dort kam es zur formellen Gründung des Internationalen Helsinki-Vereins (IHV), weiterhin mit Sitz in Zürich, was diesem stärkeren Rückhalt in der KSZE verschaffte.

Der IHV wählte Prof. Andrej Sacharow zum ersten Präsidenten, Jurij Orlow und Vaclav Havel zu Vizepräsidenten. Da allen drei Gewählten die Ausreise aus ihren Staaten verweigert wurde, vertrat sie der Schweizer Historiker und Nationalrat Prof. Walter Hofer als geschäftsführender Präsident. Ihm folgte 1983-84 die spätere Bundesrätin Elisabeth Kopp. Der IHV befasste sich weiterhin mit der Sammlung von Menschenrechtsbeschwerden und koordinierte die zunehmenden Helsinki-Komitees und Bürgerrechtsbewegungen im KSZE-Raum. Die schnell wachsenden Aktivitäten überstiegen bald die personellen und finanziellen Kapazitäten des IHV. So gründete 1982 eine Gruppe westlicher Helsinki-Komitees, unterstützt vom IHV, in Wien die Internationale Helsinki-Föderation (IHF) als Dachorganisation. Im folgenden Jahr transferierte der IHV einen Teil, 1986 die restlichen seiner Aufgaben an die IHF. Im selben Jahr wurde der Internationale Verein unter dem Vorsitz von alt Bundesrat Rudolf Friedrich (1985-2003) in die bis heute bestehende Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV) umgewandelt und trat der IHF als Mitglied bei. Bis zu deren Auflösung 2007 nahm sie an den Wiener Aktivitäten teil, passte ihre Programme aber vermehrt ihren eigenen Zielsetzungen und den Bedürfnissen der Zeit an.

Die SHV baute gute Kontakte zum EDA auf, das in der KSZE eine aktive Menschenrechtspolitik betrieb. Oft sass ein Mitglied der SHV in der offiziellen Schweizer KSZE-Delegation, so z.B. 1991 an der Menschenrechtskonferenz in Moskau, um den Kontakt zu den lokalen Organisationen zu pflegen, die noch wenig Zugang zu den

Regierungsdelegationen hatten. So ergab sich in der Schweiz eine kreative Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und allgemein bei der Umsetzung der Verpflichtungen aus der Menschlichen Dimension.

Die Veränderungen in Moskau und Osteuropa in den 1980er Jahren wirkten sich auf die Helsinki-Bewegung in ganz Europa aus. 1988 reisten SHV-Präsident Rudolf Friedrich und Nationalrat Peter Sager nach Moskau zu einer IHF-Tagung sowie zahlreichen bilateralen Kontakten mit Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft. Ihr Bericht dokumentierte spürbare Veränderungen und eine ermutigende Öffnung, die schliesslich mit andern Entwicklungen in Osteuropa und der KSZE am 9. November 1989 zum Fall der Berliner Mauer führten. Der folgende Aufbruch in Ost und West brachte die Staaten der KSZE dazu, die „Charta für ein Neues Europa“ auszuhandeln, die am 21. November 1990 zur Bekräftigung und Fortsetzung der Schlussakte von Helsinki am Pariser Gipfel unterzeichnet wurde. In der Charta erklären sich die Teilnehmerstaaten zur gesamteuropäischen Wertegemeinschaft und zeigen sich bereit, im Rahmen der KSZE eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung mit demokratischen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit sowie allgemeiner Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufzubauen. Erste Schritte zur Umsetzung der neuen Ziele sind bereits in der Charta verankert. Der KSZE wurden vermehrt operationelle Aufgaben übertragen; aber erst 1995 wurde die *Konferenz* in die heutige *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE)* in Wien umgewandelt.

Einige Helsinki-Komitees, vorab im Westen, gaben ihre Tätigkeit auf. Aber die SHV suchte nach neuen Aktivitäten in diesem gemeinsamen Europa. Sie entschied sich, den Aufbau der Gemeinden in Osteuropa zu fördern und mit "Bürgermeister-Seminaren" in der Schweiz sowohl technische Kenntnisse (Wasserversorgung, kommunale Finanzordnung etc.) zu vermitteln als auch Fragen der Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte und Rolle der Zivilgesellschaft in der Gemeinde zu diskutieren. Die Seminare erlebten grossen Zulauf von Bürgermeistern und deren engsten Mitarbeitern.

Doch die Zeit des Aufbruchs war eng bemessen. Es kam zur Bildung neuer Staaten, vor allem durch den Jugoslawien-Krieg und die Auflösung der Sowjetunion. Aus den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten 1975 sind 57 OSZE-Staaten (2012) entstanden. Neue Konflikte und Verstösse gegen die "neue Werteordnung", gegen Prinzipien von Helsinki und andern Verpflichtungen der OSZE häuften sich und dauern oft bis heute. Dies fordert auch die Zivilgesellschaft in einer neuen Weise heraus. Für NGOs wie die Helsinki-Komitees hat sich der Zugang zur OSZE seit 1992 klar verbessert, namentlich seit Einführung des Implementierungstreffens der Menschlichen Dimension, das jährlich im Rahmen des ODIHR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte) in Warschau stattfindet. Dabei können NGOs am Verhandlungstisch neben Regierungsdelegationen intervenieren und sich auch zu informellen Gesprächen treffen. Am Rande des Gipfels von 2010 in Astana ist mit der *Civic*

*Solidarity Platform (CSP)* eine neue Dachorganisation für Menschenrechtsgruppen entstanden. Ihr sind seither, neben vielen neueren NGOs, die meisten noch bestehenden Helsinki-Komitees beigetreten, so auch die SHV. Die OSZE bzw. der jeweilige Vorsitz organisiert immer mehr Workshops für NGOs zu ausgewählten Themen.



Seminar „Die Jugend baut mit an einem friedlichen Europa“ 2015 in Hölstein in der Schweiz

Die Teilnahme an solchen Fachkonferenzen und die Vernetzung innerhalb der CSP sind für die SHV wichtig, um die Entwicklungen in den OSZE-Staaten und die anstehenden Probleme näher zu kennen und in ihre eigene Arbeit einzubringen. Seit 2006 arbeitet die SHV, als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung und Aussöhnung im Westbalkan, mit Jugendlichen aus der Region und der Schweiz zusammen (Seminare in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und der Schweiz über Demokratie und Menschenrechte, Konfliktverhütung und Aussöhnung, vor allem zur Rolle der Jugendlichen in der Zivilgesellschaft). Mit den Beteiligten der letzten Jugendseminare wurde, auf Grund ihrer neu erworbenen Erkenntnisse, eigene Projekte erarbeitet. Als erstes solches Projekt startet im Juli 2017 in Mostar (BiH) eine „Sommerschule“, in der sich Schülerinnen und Schüler aus dem Westbalkan mit der Geschichte ihrer Region und Chancen zur Aussöhnung auf ihrer Stufe befassen werden. Neben der Projektarbeit organisiert die SHV jährlich eine Publikumsveranstaltung zu einem aktuellen Problem der europäischen Politik, der Schweizer Aussenpolitik sowie zu Entwicklungen in der OSZE. Die SHV ist in ihren 40 Jahren einen langen und kurvenreichen Weg gegangen, mit unterschiedlichen Bemühungen die turbulente Geschichte Europas und seiner Nachbarschaft zu begleiten. Sie ist bereit, ihn weiter zu gehen und so dazu beizutragen, dass Europa und die hier lebenden Menschen endlich zu einem friedlichen Zusammenleben finden.

Marianne von Grünigen,  
Ehrenpräsidentin der SHV

## DIE MOSKAUER HELSINKI GRUPPE – GESCHICHTE UND AUSBLICK

**Die Moskauer Helsinki Gruppe (MGH) war die erste Bürgerinitiative in Europa, die nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki zur Überwachung der Einhaltung der menschenrechtlicher Verpflichtungen ins Leben gerufen wurde. Die MGH hat massgeblich die Entstehung der Schweizerischen Helsinki Vereinigung und der europäischen Helsinki-Bewegung inspiriert. Swetlana Astrachanzewa, die geschäftsführende Leiterin der Organisation berichtet über Geschichte und Gegenwart der MGH.**

In ihrer 40-jährigen Geschichte hat die MGH deutlich gemacht, dass sogar eine kleine Gruppe von Menschen, wenn sie sich nur hartnäckig genug für die Ideale der Freiheit und Menschenrechte einsetzt, in unserer Welt etwas zum Besseren zu verändern vermag. Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von 1975 hatte auch die Führung der Sowjetunion die Pflicht übernommen, die internationalen Standards im Bereich der Menschenrechte einzuhalten.

Es war die Idee der Moskauer Menschenrechtsaktivisten Jurij Orlov, Andrej Amalrik, Valentin Turttschin und Anatolij Scharanskij, zur Kontrolle der Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen von Helsinki regierungsunabhängige Bürgerinitiativen zu schaffen. Am 12. Mai 1976 gab Jurij Orlov an einer in der Wohnung des Akademikers Andrej Sacharow durchgeführten Pressekonferenz die Gründung der Moskauer Helsinki-Gruppe bekannt. Ausser ihm traten der Gruppe weitere bekannte Bürgerrechtler wie z.B. Ludmila Alexejewa, Elena Bonner, Alexander Ginsburg, Pjotr Grigorenko und Anatolij Scharanskij bei.

Die MGH begann damit, Informationen über Verletzungen der in der Schlussakte verankerten Grundrechts-Bestimmungen zu sammeln, die ihr aus der Bevölkerung zugetragen wurden. Die-se Informationen dienten als Grundlage für die Erstellung eigener Berichte, die konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen dokumentierten. Meist ging es um Gleichberechtigung der Nationalitäten, freie Wahl des Wohnsitzes innerhalb des Landes, das Recht, jedes Land, einschliesslich des eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren, die Informations- und Gewissensfreiheit, das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, die Rechte politischer Gefangener, das Recht auf Kommunikation mit anderen Menschen, das Recht auf soziale Sicherheit. Die Autoren und Mitglieder der MGH versahen Dokumentationen jeweils mit ihren Unterschriften und stellten sie per Post dem Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion und den Botschaften der 35 KSZE-Mitgliedstaaten zu. Gleichzeitig wurden sie an Pressekonferenzen ausländischen Korrespondenten übergeben. Die MGH hat in jener Zeit 195 Dokumentationen und einige Résumés veröffentlicht.

In den Jahren 1976-77 entstanden in der Ukraine, Litauen, Georgien und Armenien analoge Bürgerinitiativen. Auf Vorschlag von Pjotr Grigorenko wurde bei der MGH eine Arbeitsgruppe geschaffen, die sich spezifisch mit dem Missbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken befasste.

In den sowjetischen Medien begann gleich nach der Gründung der MGH eine Verleumdungs- und Drohkampagne mit dem von der obersten Parteiführung sanktionierten Ziel, die Helsinki-Bewegung in der Sowjetunion zu liquidieren. Bereits in Februar 1977 kam es zu Verhaftungen in Moskau und bei anderen Helsinki-Gruppen. In Moskau wurden Jurij Orlov und Alexander Ginsburg, etwas später Malva Landa und Anatolij Scharanskij festgenommen. Auf andere Mitglieder übten die Behörden grossen Druck aus, um sie zum Verlassen des Landes zu zwingen. 1977 emigrierten z.B. Ludmila Alexejewa und Petr Grigorenko. Gegen Mitglieder der MGH wurden Urteile von insgesamt 60 Jahren Straflager und 40 Jahren Verbannung verhängt. Ende 1981 waren nur noch drei Personen in Freiheit – Elena Bonner, Sofia Kalistratowa und Naum Meiman. Als im September 1982 auch gegen Kallistratowa ein Verfahren eröffnet wurde, sah sich die MGH gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Die MGH hatte nicht nur die Sympathie der Sowjetbürger, denen ihre Rechtlosigkeit bewusst war. In westlichen Ländern verfolgte man mit Interesse ihre Arbeit. Berichte über Repressionen gegen die Gruppe standen dabei im Vordergrund. 1978 schlug der amerikanische Senat die verhafteten Mitglieder für den Friedens-Nobelpreis vor.

Als sich die „Wende“ abzeichnen begann, nahm die MGH auf Initiative der Bürgerrechtler Larissa Bogoras, Sergej Kovalev und anderen ihre Arbeit am 28. Juli 1989 wieder auf. Frühere Mitglieder kehrten zurück. Seit 1996 amtet als Vorsitzende Ludmila Alexejewa.



Ludmila Alexejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki Gruppe, während einer Lektion der Menschenrechtsschule

Heute ist die MHG mit der Verteidigung gefährdeter Bürgerrechtsgruppen und Menschenrechtsaktivisten auf verschiedensten Ebenen befasst. Sie setzt sich zum wichtigen Ziel, die Kontrolle der Gesellschaft über die staatlichen Behörden zu intensivieren. Gestützt auf ein Expertenteam und ein Netz von Mitarbeitenden, die Menschenrechts-Monitoring betreiben, bietet die MHG in regelmässigen Abständen der Öffentlichkeit möglichst vollständige und objektive Informationen über die Einhaltung der Bürgerrechte in der Russischen Föderation an. Seit 1997 veröffentlicht die MHG jährlich einen Bericht zur Menschenrechtssituation im Land und lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit in Vorträgen auf spezifische Themen wie etwa die Situation im Nordkaukasus. Mit gleichgesinnten Partnern hat die MHG eine „Koalition gegen den Hass“ gegründet, die sich gegen Intoleranz, Xenophobie und Diskriminierungen aller Art wehrt. An sie können sich z.B. Opfer polizeilicher Gewalt, Strafgefangene, Wehrdienstleistende, aber auch der „Spionage“ beschuldigte Wissenschaftler wenden. Eines der schwierigsten Probleme im Land bleibt die Menschenrechtssituation im Strafvollzug. Gemeinsame Anstrengungen mit anderen Organisationen bewirkten 2008 die Annahme eines Gesetzes, das Untersuchungen unabhängiger gesellschaftlicher Beobachterkommissionen

in den Haftanstalten möglich macht. Seit dem Erlass einer neuen Gesetzgebung im Jahr 2013 (z.B. Gesetz über „ausländische Agenten“, Anm. FR) verfolgt die MHG auch aufmerksam die Anwendung dieser neuen Vorschriften.

Daneben widmet die MHG der Bildung und Ausbildung auf dem Gebiet der Menschenrechte grosse Aufmerksamkeit. Sie organisiert regelmässig Seminare und Trainings, welche die Kompetenz der Teilnehmer, die Kontinuität in der Menschenrechtsbewegung und eine moderne Rechtskultur fördern. Die Kurse finden unter der Leitung ausgewiesener Fachleute statt. Auf Initiative der MHG und von Partnerorganisation wurde eine „Internationale Schule für Menschenrechte und Bürgeraktivitäten“ ins Leben gerufen.

Die Geschichte der Menschenrechtsbewegung ist eines der wichtigsten und hellsten Kapitel der Geschichte unseres Landes. Die Mitglieder, Mitarbeitenden und Freiwilligen der MHG leisten ihre tägliche mühsame Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte in Russland in der Tradition zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Swetlana Astrachanzewa, Moskauer Helsinki Gruppe  
Übersetzt von Franziska Rich, SHV-Vorstand

## THE HELSINKI COMMITTEE FOR HUMAN RIGHTS IN SERBIA

During its more than two decades of work, the Helsinki Committee for Human Rights in Serbia has had a pioneering role in explaining human rights issues and getting them put on the local, regional, or international agenda.



The war in the former Yugoslavia had a significant influence on the choice of subjects that the newly-founded Committee would focus on. The massive human rights violations in the 1990s were the result of the war politics of Belgrade, which were driven by nationalist hysteria. The Committee is still struggling today with the effects of the war and extreme Serbian nationalism. Confronting nationalism, be it through deconstructing its forms, advocating dialogue and tolerance, or opposing ethnic exclusiveness, has remained a central focus. Through prolific publishing and film production, as well as the very new web-portal YU historija, (<http://www.yuhistorija.com/index.html>), the Committee is dealing with the roots of Serbian nationalism, the history of Yugoslavia, as well as the causes of its disintegration and war. The Committee also articulates a different way of thinking, which opposes growing historical revisionism. Without overcoming the past, there will be no proper normalization or reconciliation in the region.

Despite the many obstructions that it has faced in Serbia, the Committee has accomplished much. This should not be overlooked. The “Hoću kući” (“I want to go home”) program, a response of the Committee to the exodus of Croatian Serbs in 1995, was an innovative attempt to realize the right to return of all the refugees who were the victims of national strategies to create ethnically homogeneous states. During the negotiations that ended the war in Bosnia and Herzegovina, the Committee prepared the outline for Annex 7 of the Dayton Peace Agreement, which concerns the return of refugees. The Committee actively cooperated with the international tribunal in the Hague, primarily through documenting the contemporary political and social context, without which understanding the massive extent of the crimes is difficult.

Through its commitment to improving the status of national and ethnic minorities, the Committee helped in putting that subject on the agenda immediately after the fall of Slobodan Milošević’s regime. The Committee’s publication on the position of minorities in Serbia

helped the OSCE’s High Commissioner on National Minorities, Max van der Stoep, to prepare the creation and adoption of the Law on Minorities with the government of Zoran Đinđić, which was a pre-condition to Serbia’s membership in the Council of Europe.

In the ‘90s, Kosovo Albanians were severely oppressed and lived in conditions akin to apartheid. They were being expelled from their workplaces, and their national institutions were abolished. Even in those conditions, the Committee sought to establish Kosovo-Albanian dialogue on all levels (e.g. political, civil society, women, youth, artists), which would lead to the historical reconciliation of the two nations. Ever since the international armed intervention in 1999, the Committee has worked for the integration of the Serbian community in Kosovo society. Another strategic activity today is promoting cultural relations between Kosovo and Serbia, primarily through the work and cooperation of art students and young artists.

Today, the alternative education of youth is a key program of the Committee. The Committee has organized over 100 local and regional schools in which over 8000 high-school students from Serbia and other post-Yugoslav countries have participated. Afterwards, over 70% of participants have engaged in youth group work and student parliaments. In addition, the Committee is nowadays a leader in the region in the work against youth radicalization. Without encouraging young people to think critically, it is impossible to provide a more serious alternative to the growing populism and extremism.

The Committee publishes annual reports on the process of transition in Serbia, including recommendations for the improvement of human rights as well as for the improvement of regional cooperation. The Committee was the first NGO to ‘enter’ prisons and psychiatric hospitals in Serbia, institutions that had been completely closed to the public. Moreover, for the past fifteen years, the Committee has published reports on human rights issues in these institutions. The Committee participates in the reforms of the systems of closed institutions and is a member of the national preventive mechanism for the prevention of torture.



When founding this organization in Serbia (1994), the President of the Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, Sonja Biserko, gathered a group of collaborators with the aims of creating a moral mechanism and of showing solidarity with the victims of Serbian crimes in the region and with minorities in Serbia, in an environment that was insensitive to the human rights violations of the non-Serbian population. Confronting crimes of the recent past and the responsibility of Serbia for the war remains one of the most difficult tasks today, as is shown by the intensive campaigning against the

President, which proclaims her to be an enemy of the state.

The Helsinki Committee has been active in the Civic Solidarity Platform, one of the biggest networks of non-governmental organizations of civil society in the region, ever since that was founded in 2011. The Helsinki Committee was previously active in the International Helsinki Federation for Human Rights until it was dissolved in 2008.

Izabela Kusic, Executive Director

## SCHWEIZERISCHE HELSINKI-VEREINIGUNG UND MENSCHLICHE SICHERHEIT– EINE SCHWEIZER NGO UND PARTNERIN DER DIPLOMATIE IM KONTEXT DER KSZE/OSZE

Wenn die frühere Präsidentin und der neue Präsident wieder öfter im Herbst zum ODIHR nach Warschau reisen, um dort am *jährlichen Überprüfungstreffen der Menschlichen Dimension (HDIM)* teilzunehmen und aufzutreten (vgl. Rundbrief Nov. 2016), so illustriert diese Veranstaltung eine klassische Konstellation im Gefüge der OSZE: das Neben- und Miteinander der Delegationen von Teilnehmerstaaten und von nationalen wie internationalen Nichtregierungs Organisationen (NGOs). Das Jubiläumsjahr unserer Helsinki-Vereinigung bietet eine Gelegenheit, sich über die Schweizer Erfahrungen seit 1977 hinaus ein paar allgemeine Gedanken zu machen über Rolle, Möglichkeiten und Verdienste von NGOs im Kontext des Helsinki-Prozesses.



Human Dimension Implementation Meeting Warschau 2016

Was seit 1975 in Helsinki, Belgrad, Madrid, Stockholm und Wien normativ entwickelt, dann seit den 1990er Jahren in Wien, Moskau und Kopenhagen, Prag, Warschau und Den Haag institutionell „organisiert“ wurde, hat bis heute einen weiten Weg zurückgelegt (KSZE – OSZE). Auf diesem Weg zu einer *operationellen intergouvernementalen Organisation (IGO)* für umfassende Sicherheit in Europa – der, nach einem Jahrzehnt von Wende und Aufbruch, im 21. Jahrhundert wieder steinig und dornig geworden ist – hat neben den Regierungen (und Parlamenten) der euroatlantischen und eurasischen „Teilnehmerstaaten“ auch deren *Bürgergesell-*

*schaft mit den sie vertretenden NGOs* eine wesentliche Rolle gespielt. Dies gilt naturgemäss kaum für die Politisch-Militärische (1.) Dimension der Sicherheit (Hard Security), wo die Staaten ihre Kompetenz zur Rechts(durch)setzung und ihr „Gewaltmonopol“ verteidigen, doch umso mehr für die Menschliche (3.) Dimension (Human Security). Wenn die OSZE die *freie Zivilgesellschaft, soziale Gruppen und sowie Einzelmenschen* schützen soll, ist umgekehrt auch deren Beitrag dazu als NGOs nicht ausgeschlossen, sondern nützlich und willkommen.

In dieser Logik hat sich die „Bürgerbeteiligung“ am *Helsinki-Prozess* nach Veröffentlichung der Schlussakte von 1975 schrittweise Echo und Einfluss verschafft: *im Ostblock* gegen brachialen Widerstand der Regimes (z.B. Prager „Charta 77“), mit Unterstützung aus westlichen Demokratien (auch der SHV), doch ebenso *im Westen*, wo „grüne“ und „friedensbewegte“ Bürger die (von den Dissidenten begrüßte!) Aufrüstung der NATO in Frage stellten. So entstand in den 1980er Jahren parallel zur zwischenstaatlichen „Entspannung“ (von oben) auf beiden Seiten eine *zivilgesellschaftliche „Entspannung von unten“*. Dabei kamen sich östlichen Bürgerrechts- und westliche (teils kirchliche) Friedensbewegungen immer näher. Sie fanden und koordinierten sich zunehmend in der „Helsinki Citizens' Assembly“ (HCA), die nach der Wende formell gegründet (Prag 1990) ein bedeutender und sehr geschätzter internationaler *Teilhaber der neuen KSZE* wurde.

Die schrittweise *Anerkennung der NGOs im Helsinki-Prozess* als Juniorpartner der Diplomatie ist schon in den Dokumenten der KSZE-Folgekonferenzen von Madrid und Wien (1983/1989) sichtbar. Sie wurde 1990 ausdrücklich verbrieft durch die Kopenhagener Konferenz über die Menschliche Dimension und schliesslich in der „Charta von Paris für ein neues Europa“. Vertreter der Zivilgesellschaft haben seither nicht nur das Recht, Beiträge zu OSZE-Themen einzureichen, sondern – neben den offiziellen Delegationen der Teilnehmerstaaten – *privilegierten Zugang samt Rederecht zu Fachkonferenzen*. Gleiches gilt gegenüber den neuen *Institutionen der „Human Dimension“* (Demokratische Institutionen & Menschenrechte / ODIHR Warschau; Nationale Minderheiten / HCNM Den Haag; Medienfreiheit / RFM Wien) sowie den *Feldmissionen* in jungen Demokratien oder Konfliktgebieten. Die *Zulassungskriterien* der OSZE

für nichtstaatliche Organisationen sind weit weniger formalisiert als in der UNO. Es genügt, dass eine NGO unabhängig und interessiert, angemeldet und national akkreditiert ist; ausgeschlossen wird nur (z.B. auf Drängen eines kritisierten Staates), wer Gewaltanwendung und Terrorismus unterstützt oder öffentlich billigt. Daher sind, gerade beim jährlichen HDIM in Warschau, immer wieder NGOs anzutreffen, die sehr spezifische, rein nationale Anliegen ohne europäischen Bezug vertreten – oder gar *staatlich finanziert und gesteuert* sind („G(overnment)O rganised NGOs“).

Nach vier Jahrzehnten Helsinki-Prozess und 20 Jahren OSZE hat sich die internationale wie die schweizerische „Landschaft“ *zivilgesellschaftlicher Organisationen*, die bisher für Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte in Europa wirkten, stark verändert. In diesem dynamischen Umfeld steht die SHV als *Freiwilligen-Gruppe* mit Kompetenz und Engagement, getragen von Gönnern ohne feste Mitglieder (beiträge), mit Fokus auf Jugendprojekten im Westbalkan in *Konkurrenz und Kooperation* mit einer Reihe von *Schweizer NGOs* (*Arbeitsgruppe OSZE* seit CH-Vorsitz 2014, koordiniert von *human-rights.ch* und *SwissPeace*). Als „Helsinki-Komitee“ der Schweiz ist die SHV – nach Auflösung der „Internationalen Helsinki-Föderation“ 2008 (der sie einst Pate stand, vgl. Beitrag MvG) – seit 2014 wieder Mitglied eines *europäischen Dachverbandes*, der „Civic Solidarity Platform“. In diesem Rahmen war die SHV anlässlich des jüngsten OSZE-Ministerrates in Hamburg an der Parallelkonferenz für die Zivilgesellschaft aktiv beteiligt (6./7. Dez. 2016; vgl. Rundbrief Febr. 2017).

Rolf Stücheli, SHV-Vorstand

## JAHRESVERANSTALTUNG VOM 31. MAI 2017

„OSZE im Zeitalter von Trump, Putin, Merkel und Burkhalter. Die Zukunft der OSZE-Verpflichtungen zum Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten – und was die Schweiz dazu beitragen kann“.



Von links: Christoph Lanz, Michael Georg Link, Ursula Hürzeler, Margret Kiener Nellen und Matthias Hui (v.l.n.r.)

Zu diesem Thema referierten *Michael Georg Link*, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Nationalrätin *Margret Kiener Nellen*, Vizepräsidentin des OSZE-Delegation der Bundesversammlung, und *Matthias Hui*, Mitarbeiter bei „humanrights.ch“ und Koordinator der Arbeitsgruppe Aussenpolitik bei der NGO-Plattform Menschenrechte. Anschliessend fand eine kurze Diskussion mit dem Publikum statt. Der Anlass wurde moderiert von der Journalistin *Ursula Hürzeler*.

*Direktor Link* schilderte zunächst die Rolle des ODIHR als eines der wichtigsten regionalen Menschenrechtsorgane, dessen Aufgabe heute über die *Wahlbeobachtungen* hinausgeht und vor allem die Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten in den Bereichen *Demokratisierung, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Bekämpfung von Antisemitismus und weiterer Verletzungen von Menschenrechten* umfasst. Das ODIHR hat auch darüber zu wachen, dass die Teilnehmerstaaten ihre Verpflichtungen bezüglich der demokratischen Prozesse, Menschenrechte und Grundfreiheiten einhalten. Dies im Rahmen des *umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE*: „Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, solange nicht die Politisch-Militärische, die Wirtschafts- und Umweltdimension sowie die Menschliche Dimension miteinander auf gleicher Augenhöhe agieren“. In diesem Sinne steht die *OSZE auf drei tragenden Säulen*. Link betonte die wichtige Rolle von zivilen Menschen-

rechtsorganisationen und individuellen Menschenrechtsverteidigern als Partner des ODIHR und zeigte sich beunruhigt, dass diese in einigen Staaten behindert und sogar verfolgt werden. Er verwies auf die *Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern*, die während des Schweizer Vorsitzes 2014 vom ODIHR aufgestellt wurden. Er konstatierte, dass im Osten wie im Westen der OSZE-Region bei Wahlen und Abstimmungen, aber auch generell, etablierte Prinzipien wie Gewaltenteilung und andere Grundlagen der liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft in Frage gestellt und teilweise verletzt werden, dass Populismus, Nationalismus, Intoleranz und Xenophobie zunehmen. Gerade in Zeiten der Krise braucht es die OSZE und das ODIHR. *Die Antwort auf autoritäre Personen muss die Stärkung unabhängiger Institutionen sein.*

*Nationalrätin Kiener Nellen* erläuterte die Aktivitäten der Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Diese *unterbreitet eigene Resolutionstexte*, z.B. um die Friedensbemühungen in der Ukraine zu unterstützen, und stellt Änderungsanträge zu Beschlüssen der Kommissionen. Ein aktuelles Anliegen betrifft den *Schutz der türkischen Parlamentsmitglieder, welche der Opposition angehören*. Gegenwärtig leitet der Präsident der Schweizer Delegation eine Kommission ad hoc zur Flüchtlingsfrage. Die Mitglieder der Delegation nehmen oft an *Wahlbeobachtungen* teil. Kiener Nellen begrüsst, dass das ODIHR die

Staaten auch darin unterstützt, festgestellte Mängel zu beheben. Sie wünscht, dass die Schweiz die Mahnung der OSZE-Beobachter bei den National- und Ständeratswahlen von 2015 ernst nimmt, wonach die Wahlfinanzierung transparenter werden sollte. Zusammenfassend hält sie die Rolle der OSZE-Parlamentarier für wichtig. Sie können sich *zusätzlich zum Bundesrat und mit ihm koordiniert* für die Ziele und Anliegen der Schweiz, gerade im Bereich der *Menschlichen Dimension*, einsetzen

Der NGO-Vertreter **Matthias Hui** würdigte, dass die Schweiz im Vorsitzjahr die Folterprävention zu einem zentralen Thema gemacht und im ODIHR die Stelle einer Beraterin geschaffen (und finanziert) hat. Befriedigt ist er ebenso über die Klarstellung des ODIHR-Direktors, dass das Folterverbot absolut gilt, nachdem Präsident Trump dies in Zweifel gezogen hat. Eine weitere Errungenschaft des Schweizer Vorsitzes bildet die *Selbstevaluation des Vorsitzstaates* über seine Menschenrechtslage, was von der „Civic Solidarity Platform“ (inkl. SHV) schon länger angeregt wurde. Diese Evaluation wurde vom Kompetenzzentrum für Menschenrechte durchgeführt, welches die Schweiz zu einer Nationalen Menschenrechtsinstitution weiterentwickeln sollte. Wichtig wäre ein *Follow-up nach der Selbstevaluation*. Ein weiterer Mangel ist z.B. die Intransparenz bei der Parteienfinanzierung. Die Menschenrechtsverteidiger kommen in vielen OSZE-Staaten immer mehr unter Druck. Zu diesem Thema organisierte die Schweiz 2014 eine Konferenz, die dazu führte, dass das ODIHR *Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen* formuliert hat. Diesen positiven Aktivitäten steht eine grosse *Zurückhaltung der Schweizer Diplomatie* entgegen, sich für *Menschenrechtsverteidiger in Russland und der Krim* einzusetzen. Verstörend sind die Aussagen eines Schweizer und OSZE-Parlamentariers, der Verständnis für die Krim-Annexion und keines für die Sanktionen gegen Russland äusserte – ganz im Gegensatz zum OSZE-Hochkommissar für Minderheiten. In zwei Bereichen wünscht sich Hui mehr Aktivität der OSZE wie auch der Schweiz: bei der

*Bewältigung der Migrationskrise* und beim *Schutz der Flüchtlinge* sowie bei der Verantwortung der Wirtschaft für die *Achtung der Menschenrechte in Exportländern* (z.B. Aserbaidschan).



Die Veranstaltung fand im Parlamentsgebäude statt.

In der Diskussion betonte Direktor Link, sein Amt könne an Orten präsent sein, wohin sonst niemand ginge, z.B. in der Türkei. Das ODIHR beobachte und publiziere kritische Tatsachen (z.B. beschränkte Versammlungsfreiheit); die politische Reaktion darauf müsse von Regierungen, Parlamenten und NGOs kommen. „Warschau“ muss *mit den Regierungen kooperieren*; aber zur *Wahlbeobachtung* beharrt es darauf, Grösse, Leitung und Standorte seiner Teams selbst festzulegen. Das Konsensprinzip birgt die Gefahr, dass OSZE-Aktivitäten, bes. im Menschlichen Bereich, durch einzelne Staaten geschwächt werden. Direktor Link setzt auf den Widerstand der übrigen Regierungen.

Christoph Lanz, SHV-Präsident

## ZUM RÜCKTRITT VON BUNDESRAT BURKHALTER, VORSTEHER DES EDA

Die SHV ist Bundesrat Didier Burkhalter dankbar für sein ausserordentliches Engagement für die OSZE und deren Ziele.

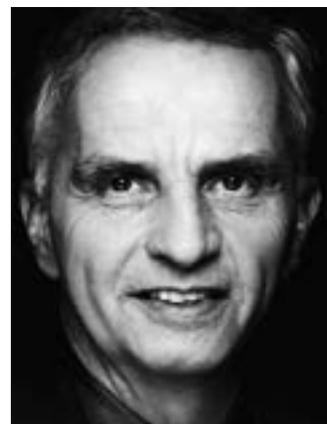
Bundesrat Burkhalter hat namentlich 2014 als Vorsitzender Aussenminister der OSZE entscheidend dazu beigetragen, dass diese ihre Aufgaben wahrnehmen konnte. Er hat nach Ausbruch der *Krise in der Ukraine* rasch einen Konsens der 57 Teilnehmerstaaten erreicht, damit die *Special Monitoring Mission* (SMM) geschaffen werden konnte und so der Konflikt wenigstens nicht weiter eskalierte. Noch heute ist die SMM täglich in der Ostukraine im Einsatz. Er hat auch den Anstoss gegeben zur Schaffung der *Trilateralen Kontaktgruppe*. Dadurch wurde ein Verhandlungsformat geschaffen, das alle Parteien an einen Tisch bringt. Auch andere latente Konflikte im OSZE-Raum wurden durch Schweizer Diplomaten und Diplomaten im Auftrag des Vorsitzenden moderiert oder begleitet.

Im Bereich der Menschlichen Dimension hat sich Bundesrat Burkhalter u.a. dafür eingesetzt, dass die *Prävention der Folter* sowie der *Schutz der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger* wieder stärker in den Vordergrund rückte, und unter dem Schweizer Vorsitz sind verschiedene Konferenzen zu Themen der Menschlichen Dimension durchgeführt worden.

Im Hinblick auf die Ministerkonferenz in Basel, im Dezember 2014, unterzog sich die Schweiz als erster Vorsitzstaat einer *Selbstevaluation über die Verwirklichung der OSZE-Verpflichtungen*, was die Civic Solidarity Platform (CSP)

angeregt hatte. Alle seitherigen Vorsitzstaaten sind diesem guten Beispiel gefolgt. Bundesrat Burkhalter legte grossen Wert auf die Zusammenarbeit mit den *Nichtregierungsorganisationen*, und damit auch der SHV. So wurde es möglich, einzelne unserer Seminare mit Jugendlichen aus dem Westbalkan, mit *Unterstützung des EDA* durchzuführen. Wir hoffen sehr, dass die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen dem EDA und der SHV auch in Zukunft fortgesetzt werden kann.

Bundesrat Burkhalter hat viel dazu beigetragen, dass sich die Schweiz als aktiver und verlässlicher Partner im Kreis der OSZE-Teilnehmerstaaten profilieren konnte. Es ist zu wünschen, dass seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger im Bundesrat dieses Engagement weiterführt.



Christoph Lanz, SHV-Präsident

## RÜCKTRITTE AUS DEM VORSTAND

Im vergangenen Jahr und auf die *Generalversammlung vom 3. Juli 2017* haben die folgenden Mitglieder des Vorstands ihren Rücktritt erklärt: Benjamin Dori, Nicole von Jacobs, René Roca, Jochen Teichert, Daniel Thürer und Okan Uzun.

Am längsten, nämlich seit 2004 war Daniel Thürer im Vorstand. Er war wiederholt *Referent* an unseren Veranstaltungen und hat Beiträge für den *Rundbrief* geschrieben. Auch sonst hat die SHV von seiner grossen Kompetenz und Erfahrung als Professor für *Staats- und Völkerrecht* profitiert. Nicole von Jacobs hat sich bei *Veranstaltungen* engagiert, René Roca bei *Schulbesuchen*, Jochen Teichert war für die *Webseite* verantwortlich und Okan Uzun beteiligte sich an Seminaren mit *Jugendlichen aus dem Westbalkan*. Benjamin Dori muss sich leider bereits nach einem Jahr Vorstandsmitgliedschaft zurückziehen. Er und einige der

anderen Zurücktretenden haben neben einer anspruchsvollen Berufstätigkeit, Zusatzverpflichtungen als Dozent, Gemeinderat oder Institutsleiter sowie Betreuungsaufgaben in der Familie zu wenig Zeit und Raum, aktiv in der SHV mitzuarbeiten. Wir bedauern das, müssen es aber akzeptieren. Wir danken den austretenden Mitgliedern für Ihren Einsatz und hoffen, im nächsten Jahr den Vorstand wieder zu erweitern.

Christoph Lanz, SHV-Präsident

## SPENDENAUFUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg

Vermerk Spende / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

## E-MAIL-ADRESSE

Die SHV möchte die Leserinnen und Leser des Rundbriefs und die Spenderinnen und Spender in Zukunft auch kurzfristig informieren können, z.B. über Veranstaltungen.

Wir bitten Sie deshalb, dem Sekretariat Ihre E-Mail-Adresse an [info@shv-ch.org](mailto:info@shv-ch.org) mitzuteilen. Wer den Rundbrief nicht mehr auf Papier, sondern ausschliesslich per E-Mail erhalten möchte, kann dies gerne anmerken.

Für Ihr Interesse an den Aktivitäten der SHV danken wir Ihnen sehr.

## SHV-VORSTAND

**Christoph Lanz**, Dr.iur., LL.M., Bern, ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*  
[christoph.lanz@shv-ch.org](mailto:christoph.lanz@shv-ch.org)

**Malcolm MacLaren**, Dr.iur., Freiburg i.Br., Wissenschaftler, Spez. Menschliche Dimension, *Vizepräsident*  
[ml.maclaren@utoronto.ca](mailto:ml.maclaren@utoronto.ca)

**Olivier Battaglia**, Bettingen, Grossrat BS, *Quästor*  
[olivier.battaglia@gmail.com](mailto:olivier.battaglia@gmail.com)

**Fabian Hunold**, lic.phil., Diplomat EDA, Bern  
[fabianhunold@gmail.com](mailto:fabianhunold@gmail.com)

**Berry Kralj**, lic.iur., Wettingen, OSZE-Experte  
[berrykralj@bluewin.ch](mailto:berrykralj@bluewin.ch)

**Franziska Rich**, dipl.phil.II, Zürich, Russlandexpertin  
[franziska.rich@gmail.com](mailto:franziska.rich@gmail.com)

**Hanspeter Spörri**, Teufen, Journalist und Moderator  
[h.spoerri@bluewin.ch](mailto:h.spoerri@bluewin.ch)

**Rolf Stücheli**, Dr.phil. & lic.rer.publ. HSG, Thun, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA  
[roky.stuecheli@bluewin.ch](mailto:roky.stuecheli@bluewin.ch)

**Hans Martin Tschudi**, Dr.iur., Riehen, a. Regierungsrat BS, Partner bei Furer & Karrer Rechtsanwälte, Basel  
[hans-martin.tschudi@furerkarrer.ch](mailto:hans-martin.tschudi@furerkarrer.ch)

## EHRENPRÄSIDIUM

**Marianne von Grünigen**, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

## SHV-SEKRETARIAT

Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg, Telefon 062 888 01 75, [info@shv-ch.org](mailto:info@shv-ch.org); [www.shv-ch.org](http://www.shv-ch.org)